

FDP Bayern Goethestraße 17 80336 München

Martin Hagen, MdL Landesvorsitzender martin.hagen@fdp-bayern.de 089 - 12 60 09 0

M. Hagen - FDP Bayern, Goethestr. 17, 80336 München

Herrn Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder Bayerische Staatskanzlei Postfach 220011 80535 München

24. Juli 2023

via Email

DROHENDES HEIZUNGSVERBOT

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

über viele Wochen wurde intensiv über das Gebäudeenergiegesetz von Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck diskutiert. Die FDP hat im parlamentarischen Prozess aus diesem praxisuntauglichen Gesetz nun ein technologieoffenes und praxistaugliches Gesetz mit dringend notwendigen Ausnahmen und Fristverlängerungen gemacht. Bisher war mein Eindruck, dass die CSU unser Anliegen einer praxistauglichen und die Menschen in Deutschland nicht überfordernden Regelung in der Sache teilt. In der Kampagne "heizungsplaene-stoppen.de" erweckt Ihre Partei den Eindruck, sich ebenso wie die FDP ernsthaft für die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger zu interessieren.

Inzwischen sind sehr konkrete Pläne von Kommissionspräsidentin Frau Dr. Ursula von der Leyen (CDU/EVP) bekannt geworden, die auf ein viel strengeres Heizungsverbot, als es in Deutschland diskutiert wurde, hinauslaufen würden. So will die EU-Kommission die Ökodesignrichtlinie verschärfen. Durch die Anhebung des Energieeffizienzgrenzwerts von Heizgeräten auf 115 % wäre dem Verkauf neuer Einzelheizkessel für fossile Brennstoffe ein Ende gesetzt, da diese den neuen Energieeffizienzanforderungen nicht mehr entsprechen würden. Letztlich würde diese Entwicklung ein indirektes Öl- und Gasheizungsverbot in ganz Europa bedeuten. Ebenso soll die Gebäudeeffizienzrichtlinie novelliert werden. Kern der Novelle sind neue Energieausweise und Mindesteffizienzstandards, die bis Ende 2025 alle Gebäude in der EU in unterschiedliche Effizienzklassen einteilen würden. Für die schlechtesten Gebäude würde ein Renovierungszwang bestehen, um diese Immobilien in die höheren Kategorien zu sanieren – allerdings bezieht sich dies nicht auf den EU-weiten, sondern den jeweiligen nationalen Standard, so dass Deutschland für seine bisherigen Sanierungsbemühungen bestraft würde.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich appelliere daher an Sie, Ihren Einfluss auf EU-Ebene und innerhalb der EVP zu nutzen und gegenüber Ihrer Parteifreundin für die Interessen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger zu kämpfen. Die FDP ist ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung mit

weitgehenden Änderungen am Gebäudeenergiegesetz gerecht geworden. Tun Sie es ihr gleich. Es darf nicht sein, dass der Erfolg meiner Partei auf dem Umweg über die EU-Kommission von einer CDU-Politikerin durch weitaus strengere Regeln faktisch zunichte gemacht wird. Deshalb bitte ich Sie: Werben Sie gemeinsam mit der FDP dafür, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Regulierungsentwurf zurückzieht.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Hagen